

WBG WELT- GESCHICHTE

BAND VI 1880 BIS HEUTE



WBG 
Wissen verbindet

WBG WELT- GESCHICHTE

EINE GLOBALE GESCHICHTE
VON DEN ANFÄNGEN BIS INS 21. JAHRHUNDERT

Herausgegeben von
Walter Demel, Johannes Fried, Ernst-Dieter Hehl,
Albrecht Jockenhövel, Gustav Adolf Lehmann,
Helwig Schmidt-Glintzer und Hans-Ulrich Thamer

In Verbindung mit der
Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz

WBG WELT- GESCHICHTE

EINE GLOBALE GESCHICHTE
VON DEN ANFÄNGEN BIS INS 21. JAHRHUNDERT

Band VI **Globalisierung** **1880 bis heute**

Herausgegeben von
Hans-Ulrich Thamer

Redaktion: Britta Henning

Abbildungsnachweis:

S. 419 Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz; S. 3, 5, 447 Bridgeman Art Library;
S. 377, 395 Deutsches Museum; S. 53 Österreichische Nationalbibliothek Wien;
S. 15, 29, 93, 103, 105, 113, 129, 167, 171, 175, 215, 237, 249, 267, 371, 425, 469
picture-alliance; S. 385 F. Uekötter; S. 31, 198, 390, 411, 431 Ullstein Bild;
Karten: Peter Palm, Berlin; Grafiken: Wolfgang Zettlmeier, Barbing

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Sonderausgabe 2015

© 2015, 2., durchgesehene Auflage

1. Auflage 2009/2010

Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder
der WBG ermöglicht.

Satz: SatzWeise GmbH, Trier

Umschlaggestaltung: Finken & Bumiller, Stuttgart

Umschlagmotiv: Der Planet Erde aus dem All.

Satellitenaufnahme. Foto: picture alliance

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-26749-1

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-534-74044-4

eBook (epub): 978-3-534-74045-1

Inhaltsverzeichnis

Einleitung (<i>Hans-Ulrich Thamer</i>)	1
---	----------



Politische Verflechtungen und Konflikte **9**

Politische Ordnungssysteme und soziale Bewegungen (<i>Hans-Ulrich Thamer</i>)	11
Imperialismus, Krieg und Revolution	11
Nachkriegskrisen und Unabhängigkeitsbewegungen	21
Zwischen Demokratie und Diktatur	34
Die Große Krise und der Vormarsch der Diktatur	46
Die Epoche der Diktaturen – Eine Epoche der Gewalt	51
Krieg und Vernichtung	71
Von den Vereinten Nationen zum Kalten Krieg	82
Der zweite Frühling der Demokratie	95
Entkolonisierung und „Dritte Welt“	101
Prosperität, Protest und Zivilgesellschaft	107
Die Ära der Entspannung – Systemstabilisierung und regionale Konflikte	115
Das Ende des Kalten Krieges und die neue globale Ordnung	123
Krieg in der technisch-industriellen Welt (<i>Johannes Hürter</i>)	131
Grundlagen	134
Staatenkriege	143
Kolonialkriege	152
Bürgerkriege	161
Massenverbrechen	166



Demographie und Wirtschaft **175**

Migration im Kontext von Globalisierung, Kolonialismus und Weltkriegen (<i>Jochen Oltmer</i>)	177
Migration, koloniale Expansion und wirtschaftliche Globalisierung	178

Migration und globale Kriege	199
Migrationsverhältnisse und Migrationsregime in Gegenwart und Zukunft . .	219
Die beiden Nachkriegszeiten des 20. Jahrhunderts (Hartmut Elsenhans) . .	222
Globalisierung, Nationalismus und Stabilität des Vorkriegssystems	222
Der scheiternde Friede	229
Gesellschaftlicher Kompromiss nach 1945	244
Stabilität und Status quo im Staatensystem	250
Der Niedergang des realen Sozialismus	256
Der Aufstieg des Südens	258
Ein multipolares Staatensystem aus saturierten Großmächten	270
Globalisierung und Weltwirtschaft (Ulrich Pfister)	277
Übersicht – Divergenz, Konvergenz und Globalisierung	277
Ausgangssituation – Der Strukturbruch um die Mitte des 19. Jahrhunderts . .	282
Der Höhepunkt der ersten Ära der Globalisierung (ca. 1880–1913)	288
Vom <i>globalization backlash</i> zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre	300
Die organisierte Weltwirtschaft der Bretton-Woods-Ära (1944–1973)	311
Von der Stagflation zum neuen Globalisierungsschub	326
Der Weg zur Industrie-, Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft?	
<i>(Toni Pierenkemper)</i>	337
Wohlstandsgesellschaft durch sektoralen Strukturwandel?	337
Theorie und Bedeutung des sektoralen Strukturwandels	345
Ökonomischer Strukturwandel und Wirtschaftswachstum	354
Industrie-, Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft?	367
 Gesellschaft im Wandel 371	
Umwelt- und Ressourcenprobleme (Frank Uekötter)	373
Intellektuelle und materielle Grundlagen des 20. Jahrhunderts	374
Die erste Umweltkrise um 1900 – Problemlagen und Reaktionen	383
Stille Prozesse – Vernetzung, Vereinheitlichung, Intensivierung	391
Die große Beschleunigung	394
Globalisierung von Umweltgefahren und Umweltbewusstsein	400

Massenkultur und Weltkultur (<i>Michael Wala</i>)	403
Was sind Massenkultur und Weltkultur?	403
Massenkultur und Massenmedien	406
Die Genese der Massenkultur im 19. und 20. Jahrhundert	408
Ausblick (<i>Helwig Schmidt-Glintzer</i>)	440
Fortdauernde Gründe für eine Weltgeschichte	442
Entdeckung der Vorgeschichte und die Anfänge der Globalisierung	444
Die Öffnung der Welt und die Wahrnehmung der „Anderen“	453
Grenzen und Räume, Herrschaft und Legitimität, Schuld und Erinnerung	459
Eine neue Weltgeschichte	471
Literaturverzeichnis	477
Chronologie	486
Register	493

Einleitung

Hans-Ulrich Thamer

Mit einem Gala-Empfang wurde am 14. April 1900 die Pariser Weltausstellung eröffnet. Der französische Staatspräsident fuhr mit Regierungsvertretern in goldenen Kutschen durch die illuminierte Hauptstadt. In seiner Eröffnungsrede pries Émile Loubet das beginnende Jahrhundert als eine Epoche des Fortschritts, des Friedens und des Wohlstandes. Die Unterwerfung der Natur durch die moderne Technik werde die Bedingungen menschlichen Lebens grundsätzlich verändern. Der Handelsminister Alexandre Millerand sah ein Jahrhundert aufziehen, in der die Maschinen und die Elektrizität die Welt beherrschen, in der Wissenschaft und Industrie das Alltagsleben fundamental verändern würden. Das Schauspiel der Weltausstellung sollte vom technisch-industriellen Fortschritt künden und dem Optimismus einer Gesellschaft Ausdruck verleihen, die die neuen Kräfte der Technik und Wissenschaft beherrschen und die sich für die Sicherung von Reichtum und Glück in einer künftigen globalen Gesellschaft einzusetzen versprach. Tatsächlich spiegelte sich in der Zukunftsgewissheit der Ausstellung und dem Pomp der sie begleitenden Empfänge und Feste der Abendglanz einer eurozentrischen, bürgerlichen Welt des 19. Jahrhunderts. Wer genauer hinsah, konnte die politischen und ökonomischen Ungleichgewichte beziehungsweise die Brüchigkeit des internationalen Systems auch auf der Ausstellung erahnen.

Die Weltausstellung
von 1900

Die europäischen Nationalstaaten bestimmten mit ihrer Präsentation auf dem großen Fest des Fortschritts auch das Bild der afrikanischen und asiatischen Gesellschaften, die in malerischen Dorfnachbildungen und Hütten nicht nur als fremde und unterentwickelte Völker dargestellt wurden, sondern auch als eine „primitive“ und von Europa darum abhängige Welt. Schließlich kontrollierten zu diesem Zeitpunkt die europäischen Staaten machtpolitisch und wirtschaftlich fast ganz Afrika, weite Teile Asiens und des südlichen Pazifiks.

Hinter der glänzenden imperialistischen Fassade kündigten sich noch andere Widersprüche und auch Spannungslagen an, die die Welt verändern und die im Gefolge des Ersten Weltkrieges offen ausbrechen sollten. Neue soziale Bewegungen, die sich auf der Weltausstellung eher am Rande präsentieren konnten, kündeten von möglichen Konflikten, die die europäischen Gesellschaften vor neue Herausforderungen stellen sollten: die sozialistische Arbeiterbewegung, die sich in allen industriellen Gesellschaften organisiert hatte und die selbst vor inneren Zerreißproben zwischen einem reformistischen und einem radikal-revolutionären Weg stand; die Frauen-

Widersprüche und
Spannungslagen

bewegung, die auf gesellschaftliche und politische Teilhabe drängte; die antikolonialistischen Strömungen, die mit den Anspannungen des Ersten Weltkriegs zusätzliche Stärke gewinnen sollten. Auch hinter den Fassaden der souveränen Staaten Lateinamerikas verbargen sich politisch-ideologische, ethnische und soziale Gegensätze, die ihren inneren Zusammenhalt und ihren ökonomischen Aufschwung bedrohen sollten. Schließlich gab es im Gastland Frankreich und auch anderswo in Europa soziale Protestbewegungen, die Demokratie und Fortschritt von einer anderen Seite her angreifen sollten. Radikal-nationalistische und antisemitische Strömungen und Bewegungen hatten die politisch-kulturelle Ordnung der französischen Dritten Republik in der Dreyfus-Affäre vor schwere Belastungsproben gestellt, auch wenn sich kaum jemand vorstellen konnte, dass solche aggressiven und menschenverachtenden Tendenzen einmal zu politischen Massenbewegungen und zu Leitvorstellungen der Herrschaftspraxis künftiger Diktaturen und eines Völkermords werden sollten.

Kurzum, der Besucher der Weltausstellung erhielt ein verzerrtes Bild von Sicherheit und sozialer Harmonie, das mit dem Ersten Weltkrieg bald zerbrechen sollte. Der „Große Krieg“, wie er bis 1939 überall hieß, die „Urkatastrophe“ (George F. Kennan) des Jahrhunderts, hat die Widersprüche dann endgültig ans Licht gebracht; er barg nicht nur den Keim des Zweiten Weltkrieges bereits in sich. Die neuen Technologien des Kriegs und die totale Kriegsführung, die imperialistischen Kriegsziele sowie radikalen Ideologien, die Propaganda und Massenpolitisierung, die sich im Krieg entfalteten, nahmen vorweg, was die Zwischenkriegszeit an Krisen und Radikalisierung erleben, was der zweite, totale Krieg, der rasch zu einem globalen Krieg wurde, an Massenmobilisierung und Vernichtung bringen sollte. Die „Kunst des Friedens-

„Kunst des
Friedensschlusses“?

schlusses“, die sich im Zeitalter der europäischen Mächte und Kabinette herausgebildet hatte und noch einmal in dem Versailler Vertragssystem von 1919 die Welt befrieden wollte, erwies sich im Zeitalter der Ideologien und der Diktaturen bald als wirkungslos. Der Siegeszug von Demokratie und Menschenrechten, von dem man zu Beginn des Jahrhunderts und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg träumte, wurde von den großen ökonomischen Krisen und der massenmobilisierenden Kraft radikaler Ideologien und Bewegungen der Zwischenkriegszeit bald wieder zerstört; der Gegensatz von Demokratie und Diktatur wurde, nicht nur auf dem europäischen Kontinent, zur Signatur der 1930er Jahre. Er setzte sich nach dem Ende des weltumspannenden Zweiten Weltkriegs und dem Scheitern der Hoffnung auf die „Eine Welt“ in veränderter Konstellation als globaler Gegensatz der zweiten Nachkriegszeit fort, bis mit dem Ende des Kalten Kriegs und des Ost-West-Konfliktes 1989/1990 wieder die Hoffnung auf eine friedliche, demokratische Zukunft in immer größeren Teilen der Welt wuchs, um bald wieder enttäuscht zu werden.

Das 20. Jahrhundert, an der Jahrhundertwende 1900 zuversichtlich als Jahrhundert des Fortschritts angekündigt, wurde bald zum „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm). Es hat nach einem Diktum von Yehudi Menuhin „die größten Hoff-



Der Eiffelturm während der Pariser Weltausstellung vom 15. April bis zum 12. November 1904, die mit etwa 50 Millionen Besuchern zu den erfolgreichsten Weltausstellungen gehört.

nungen hervorgerufen, die die Menschheit jemals gehegt hat“, und „alle Illusionen und Hoffnungen zerstört“. Es war geprägt von grausamen Kriegen und Katastrophen, von Gewalt und Massenvernichtung, aber auch von neuen Instrumenten der Friedenssicherung und Konfliktregelung, von der schrittweisen Durchsetzung demokratischer Ordnungen und deren Zerstörung durch autoritäre und totalitäre Bewegungen und Diktaturen, daneben aber auch von wachsender Rationalität, Mobilität und Wachstum, so wie man es sich am Beginn des Jahrhunderts erhofft hatte. Doch gehört zum 20. Jahrhundert seit dem Ersten Weltkrieg auch die Erfahrung grundstürzender wirtschaftlicher und sozialer Krisen, von Gewalt, Vertreibung und Zerstörung von Menschen und Umwelt. Das 20. Jahrhundert hat mithin das ganze Ausmaß der Dissonanzen und der Dialektik des Fortschritts gezeigt, den das 19. Jahrhundert noch ganz ungebrochen und optimistisch im Visier hatte.

Ist darum die Charakterisierung als „Zeitalter der Extreme“ völlig berechtigt, so zeigen sich seit den späten 80er Jahren schließlich Visionen einer internationalen Gesellschaft, in der Völkerrecht und Menschenrechte die Beziehungen der Staaten und die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse der Staaten immer stärker bestimmen

könnten. Mehr noch, es zeichnet sich ein neues Weltverständnis ab. Die innerstaatlichen Lösungen allein funktionieren immer weniger, die neuen Konflikte drehen sich nicht mehr ausschließlich um die Staaten und die innere Verwaltung sowie Verteilung von Ressourcen. Die neuen Konflikte passen darum nicht mehr in das klassische politische Links-Rechts-Schema, in den ausschließlichen Gegensatz von Fortschritt und Tradition.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums wurde das 20. Jahrhundert häufig als das „kurze 20. Jahrhundert“ bezeichnet, um damit seine vermeintlich innere Einheit zu kennzeichnen. Nach dieser Periodisierung reichte es von 1914, als Weltkrieg und Revolution die Lebensformen des 19. Jahrhunderts zerstörten und in Diktatur und Gewalt mündeten, bis 1991, als mit dem Ende der Sowjetunion auch das Ende der totalitären Ideologien gekommen zu sein schien. Doch nicht nur weil diejenigen, die ein Ende dieser Geschichte der politisch-militärischen Konfrontationen erwartet hatten, sich in ihren Prognosen

Epochengrenzen | bald widerlegt fanden, sondern weil viele der Entwicklungen, die sich seit den 1990er Jahren abzeichneten, nämlich die Entfaltung einer internationalen Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, die wir „Globalisierung“ nennen, sich schon vor 1989 längst angebahnt hatten, erscheint die Eindeutigkeit der Epochengrenze von 1989/1990 immer fragwürdiger. Zu dem neuen Weltverständnis, das sich aus den wirtschaftlichen und sozialen wie auch kulturellen Veränderungen ergibt, schwächte sich die Fixierung des 20. Jahrhunderts auf Nationalstaaten und auf die Konflikte von Mächten ebenso ab wie die Fixierung auf die westliche, das heißt nord-amerikanisch und europäisch zentrierte Welt. Fragen der Menschenrechte, von moralischen und religiösen Kriterien politischen Handelns wurden ebenso wichtig wie innenpolitische Probleme der Verteilung von Ressourcen und ausschließlich sozio-ökonomische Sichtweisen.

Mit der Öffnung des historischen Blicks auf die außereuropäische Geschichte verliert auch die Epochengrenze 1914 ihre Erklärungskraft, denn viele innere Entwicklungen in Asien, Afrika und auch Lateinamerika folgen anderen Mechanismen und Zäsuren. Vor allem aber erhält mit dem Blick auf die Internationalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft das späte 19. Jahrhundert ein neues Gewicht, haben doch viele Entwicklungslinien, die wir heute mit dem Begriff der Globalisierung beschreiben, ihren Ausgang vor 1914 genommen. Sie erlebten mit den schweren ökonomischen Krisen und protektionistischen Reaktionen der Zwischenkriegszeit der 1920er bis 1950er Jahre einen heftigen Einbruch, der erst seit den 1980er Jahren wieder überwunden wurde.

Im Rückblick auf das 20. Jahrhundert, aus der Vogelperspektive des frühen 21. Jahrhunderts, rücken darum die lange getrennt voneinander betrachteten Teil-epochen des 20. Jahrhunderts enger zusammen, verschwimmen die Zäsuren, die das 20. Jahrhundert eingeteilt und gedeutet hatten. Das gilt nicht nur für die Zwischenkriegszeit der 1920er und 1930er Jahre, die von einigen Beobachtern als Phase eines „zweiten dreißigjährigen Krieges“ (Arno J. Mayer) gedeutet wird, das gilt auch und



Der Chinesische Pavillon während der Weltausstellung in Paris (1900).

noch mehr für den inneren politischen und gesellschaftlichen Zusammenhang der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert mit der ersten. Gleichwohl unterschied sich die Welt am Ende des 20. Jahrhunderts in mehrererlei Hinsicht deutlich von der am Beginn des Jahrhunderts: Sie war längst nicht mehr eurozentriert, Europa hatte seinen Vorrang in Politik und Wirtschaft, in Wissenschaft und Kultur längst verloren. Sie hatte fast überall die Auflösung alter Sozial- und Beziehungsstrukturen erfahren, und diese Umbrüche waren mitunter von sozialen und menschlichen Katastrophen begleitet oder herbeigeführt. Dafür erlebte sie am Ende neue Formen der Internationalisierung und Globalisierung, die aufnehmen, was sich schon lange angebahnt hatte, die auch über das hinausgehen, was sich am Beginn des Jahrhunderts abgezeichnet hatte.

Verschwimmen
der Zäsuren

Richtet man den Blick auf die europäische Politikgeschichte des 20. Jahrhunderts, so behält umgekehrt das Bild vom „kurzen 20. Jahrhundert“ seine partielle Gültigkeit. Aus dieser Perspektive beginnt das Jahrhundert mit dem Ersten Weltkrieg und mün-

det in fundamentale Auseinandersetzungen zwischen Demokratie und Diktatur, begleitet und verschärft von radikalen Massenbewegungen als Folge der allgemeinen gesellschaftlichen Mobilisierung. Zu der Krise der Demokratie, die sich schon in den 1920ern abzeichnete und die seit 1933 voll auf die europäische Staaten- und Verfassungswelt durchschlug, kam schließlich die andere große Krise der 30er Jahre, die Parlamentarismus, demokratische Politik und liberale Marktwirtschaft für viele Jahre diskreditierte – die Krise des globalen Kapitalismus. Die Erfahrung von Krisen und Katastrophen bestimmte die Wahrnehmung und damit auch die inneren Zusammenhänge und Besonderheiten der Zwischenkriegszeit in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit der Wirtschaftskrise und dem globalen Krieg von

Politikgeschichte des 20. Jahrhunderts | 1939/1941 bis 1945 wurden sie zu einem weltweiten Phänomen. Auch die zweite Teilepoche des „kurzen“ europäischen 20. Jahrhunderts ist teilweise von ähnlichen Entwicklungen geprägt, nur dass die Zentren der Politik nicht mehr in London oder Berlin, sondern in Washington und Moskau liegen. Der „Ost-West-Konflikt“, der sich seit den späten 1940er Jahren in immer neuen Schüben entfaltete, setzte aus politik- und verfassungsgeschichtlicher Sicht zwar die Gegensätze von Demokratie und Diktatur, die schon die erste Nachkriegszeit bestimmt hatten, fort und machte sie wiederum zu einem weltweiten Phänomen, aber diese inneren politischen Konstellationen wurden von einer völlig veränderten internationalen Mächtekonstellation bestimmt, nämlich von dem politisch-militärischen und ökonomisch-technischen Gegensatz der neuen Supermächte USA und Sowjetunion, der die innenpolitischen Konflikte auch in Europa, aber vor allem in den jungen, politisch instabilen Nationalstaaten der Dritten Welt (mit ihren heftigen gesellschaftlichen und ethnischen Machtkämpfen) mit den Grundmustern und -konflikten der internationalen Mächtekonstellationen und -beziehungen verband und diese oft für die eigenen Zwecke instrumentalisierte. Der Kalte Krieg bestimmte nicht nur Politik und Alltagsleben der europäischen Staaten, die als Folge des Zweiten Weltkrieges und der weltwirtschaftlichen Veränderungen nun von Subjekten zu Objekten der Weltpolitik geworden waren, sondern überlagerte auch die Politik und die Gesellschaften der übrigen Welt und drohte fast die gesamte Welt in eine Spirale von Rüstungspolitik und Stellvertreterkriegen hineinzuziehen.

Der Ost-West-Konflikt überlagerte lange Zeit den Nord-Süd-Konflikt, das heißt die neue Konfrontation zwischen den Industrieländern des Nordens und den Entwicklungsländern des Südens, der seinen Anfang in den 1950er Jahren genommen hatte und mit der zunehmenden Dekolonisation und Neubildung von Staaten in

Nord-Süd-Konflikt | Asien und Afrika an Konfliktpotential zunahm, während es innerhalb der Länder der „Dritten Welt“ allmählich zu einer Ausdifferenzierung zwischen wirtschaftlich und infrastrukturell wachsenden Schwellenländern und den vom Weltmarkt abhängigen Modernisierungsverlierern, vornehmlich in Afrika, kam. Am Ende des 20. Jahrhunderts hat der Nord-Süd-Konflikt den einstigen Ost-West-Konflikt abgelöst und die Widersprüche sowie Vielfalt der Modernisierung des 20. Jahrhunderts vor Augen geführt.

Die zunehmende Wahrnehmung des neuartigen, globalen Nord-Süd-Konfliktes verband sich mit der Einsicht in die Ambivalenzen von Fortschritt und Moderne auch in der „Ersten“ und in der „Zweiten Welt“. Waren die goldenen Jahrzehnte des wirtschaftlichen Wachstums der zweiten Nachkriegszeit bis in die Mitte der 1970er Jahre noch von der Erwartung getragen, dass wirtschaftlich-technischer Fortschritt und demokratische Politik sozialen Wandel und Modernität garantieren und die zerstörerischen Kräfte, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Form von ideologischem Fanatismus und dem Drang zur Gewalt immer wieder aufgebrochen und wirkungsmächtig geworden waren, für immer überwinden könnten, so verlor sich seit der Ölkrise von 1974 dieser ungebrochene und einfache Fortschrittsglauben. Die Krise der Demokratie und der Wirtschaft, der Weg in die moderne Diktatur und in die Barbarei von Verfolgung und Genozid wurden nicht länger als bloßer Rückfall oder Sonderweg verstanden, sondern als immanenter Teil der widersprüchlichen Moderne, als die dunklen Seiten derjenigen Kräfte und Bewegungen, die das 20. vom 19. Jahrhundert geerbt hatte und die sich seither in einer rasanten Beschleunigung entfaltetten.

Widersprüchliche
Moderne

Die scheinbar ungebremste Steigerung von Beschleunigung und Effizienz, von Mobilität und Verdichtung, die alle Lebensbereiche der Menschen erfasste und veränderte, war und ist die eigentliche Signatur der Moderne. Der Wandel ergreift die Verflechtungen und Transfers von Waren, Personen, Kapital und Ideen, erfasst die Struktur und die soziale Mobilität der Gesellschaft, stellt aber auch die Politik vor immer neue Herausforderungen, wenn sie die Erwartungen und Visionen der Menschen fördern will. Die permanenten Veränderungen und Herausforderungen berühren die Systeme sozialer Sicherheit und Arbeit in Industrie- und Dienstleistungsbereichen, betreffen die Entwicklung des Bruttosozialproduktes und der Einkommensverteilung, finden ihren Ausdruck in demographischen Prozessen wie in der zunehmende Verstädterung, im Leben von Familie und Individuum wie im Verhältnis von Mann und Frau und lassen auch die überkommenen Werteordnungen nicht unberührt.

Ungebremster Wandel
und Fortschritt

Nicht nur in dem europäisch-amerikanischen Prozess der Modernisierung, der lange zum Paradigma für alle anderen Veränderungen stilisiert wurde, gelten bei genauerem Zusehen unterschiedliche Modernitäten und keineswegs monokausale Verhältnisse zwischen Politik und Modernität. Noch mehr gilt die Einsicht in die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Moderne, wenn sich der Blick auf die globale Situation richtet, auf die Gesellschaften jenseits der europäischen und nordamerikanischen Welt. Hier bestimmen unterschiedliche ökonomische Standards und Abhängigkeiten, verschiedene kulturelle Traditionen und politische Verfassungen die jeweilige Reaktion auf die globalen Entwicklungen und Umbrüche. Sie können bei aller Gleichförmigkeit der Herausforderungen unterschiedliche Geschwindigkeiten und Entwicklungen annehmen. Das zwingt noch einmal zur Veränderung und Anpassung unseres Blicks auf die Moderne, die eine „multiple Moderne!“ (Shmuel N. Eisenstadt) darstellt.

Die globale Situation

Der Bedeutungsverlust für die Weltrolle Europas im Zeitalter der Weltkriege und die sich entfaltende Vielfalt der Moderne haben auch Auswirkungen auf die methodischen Optionen einer Weltgeschichte im 20. Jahrhundert. Sie wird den chronologisch-entwicklungsgeschichtlichen Zugriff als Mittel der Orientierung nicht ganz aufgeben, muss aber angesichts der Vielfalt der Entwicklungen vergleichend vorgehen und entweder nach einer Beziehungs- und Konfliktgeschichte zwischen den Zentren, deren Bedeutung sich selbst verändert hat, und der Peripherie fragen, oder sie kann sich auf zentrale Themenfelder konzentrieren und diese miteinander vergleichen. Dazu gehören Zivilisationen und Nationen, politische Systeme und gesellschaftliche Bewegungen, Verflechtungen und Transfers von Waren und von Kapital, von Menschen und Ideen in Bewegung. Dieser Ansatz liegt dem vorliegenden Band zugrunde.



Politische Verflechtungen und Konflikte



Die alliierten Staatschefs Winston Churchill (Vereinigtes Königreich), Franklin D. Roosevelt (USA) und Josef Stalin (UdSSR) auf der Konferenz von Jalta (4.–11. 2. 1945), bei der es vor allem um die Aufteilung Deutschlands und die Machtverteilung in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ging.

Politische Ordnungssysteme und soziale Bewegungen

Hans-Ulrich Thamer

Imperialismus, Krieg und Revolution

Die Pariser Weltausstellung von 1900 war, auch wenn in den Festreden die Brüderlichkeit aller Völker betont wurde, zwischen industrialisierten Industriestaaten und ihren Kolonien zutiefst gespalten. Der größte Teil von Afrika, weite Teile Asiens und des pazifischen Raumes standen unter der Kontrolle einiger mächtiger Staaten. Großbritannien, Russland, China und Frankreich, die Niederlande, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich beherrschten riesige, multiethnische Reiche; auch andere europäische Staaten hatten sich einen „Platz an der Sonne“ in Form von kleineren kolonialen Besitzungen erobert. 1898 hatten die Vereinigten Staaten beispielsweise die Philippinen und Puerto Rico erworben. Politische Ideologien, die überall in Europa verbreitet waren, rechtfertigten die imperiale Herrschaft als Ausdruck des Fortschritts und der Zivilisation. Diese brachte den Beherrschten technologischen Fortschritt, Erziehung, Bildung und Religion.

Unabhängigkeit und Freiheit waren im Weltenplan für die nicht-europäischen Staaten nicht vorgesehen. Nur die Vereinigten Staaten von Amerika hatten sich 1776 von der Herrschaft einer fremden monarchischen Macht befreien können, um dann ein Jahrhundert später auch imperiale Macht auszuüben. Später endete die Kolonialherrschaft Frankreichs über Haiti, und zwischen 1810 und 1826 hatten die lateinamerikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit von Spanien und Portugal erkämpft und konstitutionelle Regime eingerichtet. Doch Freiheit und Gleichheit standen auch dort mehr auf dem Papier, als dass sie in Wirklichkeit von den *Caudillos*, den autoritären Militärherrschern, die die lokalen oder nationalen Regierungen kontrollierten, gewährt wurden. Der Weg der lateinamerikanischen Staaten zu einem Nationalstaat, das heißt zum Gefühl beziehungsweise zur sozialen Praxis der gemeinsamen Zugehörigkeit, war langwierig; zu groß waren die inneren ethnischen und regionalen Gegensätze, die gesellschaftlichen und kulturellen Spannungslagen und Gräben. Das waren Prozesse, die am Vorabend des „Großen Krieges“ in Europa längst nicht abgeschlossen waren und die für die kolonialen Territorien auf ihrem Weg in die nationale Unabhängigkeit erst noch bevorstanden.

Zwei Formen von Großreichen existierten um 1900: die gewaltigen Festland-



reiche Russland, China, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, die ihre Herrschaft über Jahrhunderte durch Eroberung und Annexion errichtet hatten, die dann um 1920 durch die Folgen von Krieg und Revolution entmachteter oder zerfallen waren; der andere Typus war im 18. und 19. Jahrhundert durch Eroberungen in Übersee entstanden.

Die imperialen Mächte West- und Mitteleuropas kontrollierten ihre kolonialen Besitzungen in der Regel durch direkte politische Herrschaft. Vor allem Großbritannien beherrschte an der Jahrhundertwende ein Viertel der Länder der Erde und ein Viertel der Weltbevölkerung. Das Herzstück und Juwel der britischen Überseeheerrschaft war zweifelsohne Indien, dessen Größe und Reichtum Großbritannien zur

Indien als Kolonialbesitz
Großbritanniens

Führungsmacht in Asien machten. Die britische Macht war durch direkte und indirekte Herrschaft begründet, gesichert war sie durch die Armee von indischen Soldaten, die von britischen Offizieren befehligt wurden. Die

Erhebung von Steuern war eine der Hauptbeschäftigung der britischen Regierung in Indien. Die Briten brachten Kapital und teilweise auch britische Institutionen sowie kulturelle Ressourcen. Der Export von Kapital und Kultur verschaffte Großbritannien Einfluss und verschaffte London auch außerhalb der Grenzen der formellen Herrschaft, etwa in Lateinamerika, Einfluss.

Kapital, Waren und Ideen waren die Grundlagen der europäischen Hegemonie, nicht nur von Großbritannien, über das internationale System. Europa stand im Zentrum einer Welt, in der Amerika, Afrika und Asien zur Peripherie gehörten, auch wenn wichtige Länder davon schon ihre Unabhängigkeit erworben oder behauptet hatten – ein Prozess, der durch den Ersten Weltkrieg beschleunigt werden sollte. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs und der folgenden Kette von Revolutionen begann aus europäischer Perspektive das „kurze 20. Jahrhundert“, was für die außer-

Regionalisierung und
Periodisierung

europäischen Länder und Staaten in dieser schroffen Periodisierung nicht gilt. Das „kurze 20. Jahrhundert“ endete 1989/1990 ebenfalls mit einer Revolution, doch dieses Mal mit einer Kette von „friedlichen Revolutionen“,

die das sowjetische Imperium zusammenbrechen ließen und den Kalten Krieg beendeten. Dieser Wandel hatte, im Unterschied zu 1914, sehr viel weitreichendere, globale Wirkungen. Dazwischen lag ein Jahrhundert der Auflösung von Imperien und von neuerlichen Nationalstaatsbildungen, eine Epoche des Verlustes europäischer Dominanz, des ideologischen Bürgerkriegs und der massenhaften politischen Gewalt, aber auch der Demokratisierung und Emanzipation, der Modernisierung und des Wandels sowie des Gegensatzes von Freiheit und Gleichheit.

Die neue Welt, die sich nach 1918 abzeichnete, war zunächst eine vom Krieg geschaffene Welt, und das belastete die Zukunft der neuen Ordnung, bis sie in den 30er Jahren, dem „elenden, falschen Jahrzehnt“ (Wystan Hugh Auden), sich selbst zu zerstören drohte und in einen zweiten Krieg von nun globalen Ausmaßen mündete. Auch dieser endete teilweise in Rebellionen und Revolutionen, die nun den Zusammenbruch der Kolonialreiche beschleunigten und zur Herausbildung des sowjetischen Herrschaftssystems führten, das über ein Drittel der Weltbevölkerung herrschte und diese

Macht für vier Jahrzehnte mit dem Anspruch begründete, eine politisch-gesellschaftliche Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu bilden.

Die Revolution war dem Krieg entsprungen – nicht nur die beiden russischen Revolutionen von 1917, sondern auch die folgenden Erhebungen und radikalen Umbrüche, die vor allem Mitteleuropa erschütterten. Die Revolution wurde in unterschiedlicher Gestalt zu einer „globalen Konstante der Jahrhundertgeschichte“ (Eric Hobsbawm). Dass bereits der Erste Weltkrieg mit Umstürzen endete, hatte viele Gründe: Dazu gehörten zunächst die heftigen Erschütterungen und Zerstörungen überkommener Lebensformen und Denkhaltungen des 19. Jahrhunderts. Der Erste Weltkrieg hatte mehr als alle anderen Kriege zuvor die furchtbare Differenz zwischen Erwartung und Realität, Hoffnung und Enttäuschung, Opfer und Ergebnis erkennbar gemacht. Nicht nur die bürgerliche Sekurität zerbrach, auch die Friedensbewegung vom Vorabend des Krieges scheiterte, und mit ihr zerbrach der europäische Sozialismus als mächtige soziale Bewegung, deren Anhänger den aggressiven Nationalismus abgelehnt und sich für eine internationale Zusammenarbeit eingesetzt hatten. Nationale Gefühle hatten sich teilweise als stärker erwiesen und zur Spaltung geführt. Je länger der Krieg dauerte, je größer und unvorstellbarer die Zahl der Opfer und das Leiden an der Front wie in der Heimat wurden, desto deutlicher ließ die Fähigkeit der Soldaten, den Schmerz zu ertragen, nach, desto besorgniserregender wurden die Zeichen der Auflösung der militärischen Disziplin. 1917 wurde zu einem kritischen Jahr. Während die militärische und rüstungswirtschaftliche Effektivität jedoch in den meisten Armeen und kriegführenden Nationen durch eine kalkulierte Mischung aus Härte und Nachgiebigkeit wiederhergestellt wurde, eskalierten die militärischen, sozialen und politischen Unruhen in Russland zu einem Aufstand in St. Petersburg, wo unter anderem Stimmen lauter wurden, die Frieden forderten. Papst Benedikt XV. legte am 1. August eine Friedensbotschaft vor, die einen Frieden ohne Annexionen und Reparationen forderte. In Deutschland brachten die Oppositionsparteien im Juli 1917 eine Friedensresolution im Reichstag ein und stärkten damit nicht nur das Gewicht des Parlaments, sondern nahmen eine Koalitionsbildung vorweg, die sich Ende 1918 unter dem Banner der Reform für eine neue parlamentarisch-demokratische Verfassungsordnung einsetzen sollte.

Russland war kriegsmüde und reif für eine Revolution, eine bürgerlich-parlamentarische Reform sollte unter diesen Bedingungen wenige Chancen haben. Unter dem Druck und den Anstrengungen des Krieges mündeten die Unruhen in einen Zusammenbruch der jahrhundertealten Herrschaft der Zaren und führten zwar zunächst durch ein spontanes Bündnis zwischen Mitgliedern der politischen Elite, die Reformen wollte, und einer Volksbewegung, die gegen den Krieg war, zu einem erstaunlichen raschen politischen Erfolg der Februarrevolution. Doch dieser war nicht von langer Dauer, denn zwischen der relativ machtlosen „Provisorischen Regierung“ auf der einen Seite und den lokalen und regionalen „Räten“ („Sowjets“) der Bevölkerung andererseits entstand ein politisches Vakuum, in dem die verschiedenen Revolutionsbewegungen die verbreitete Kriegsmüdigkeit und den Friedenswunsch, aber auch den

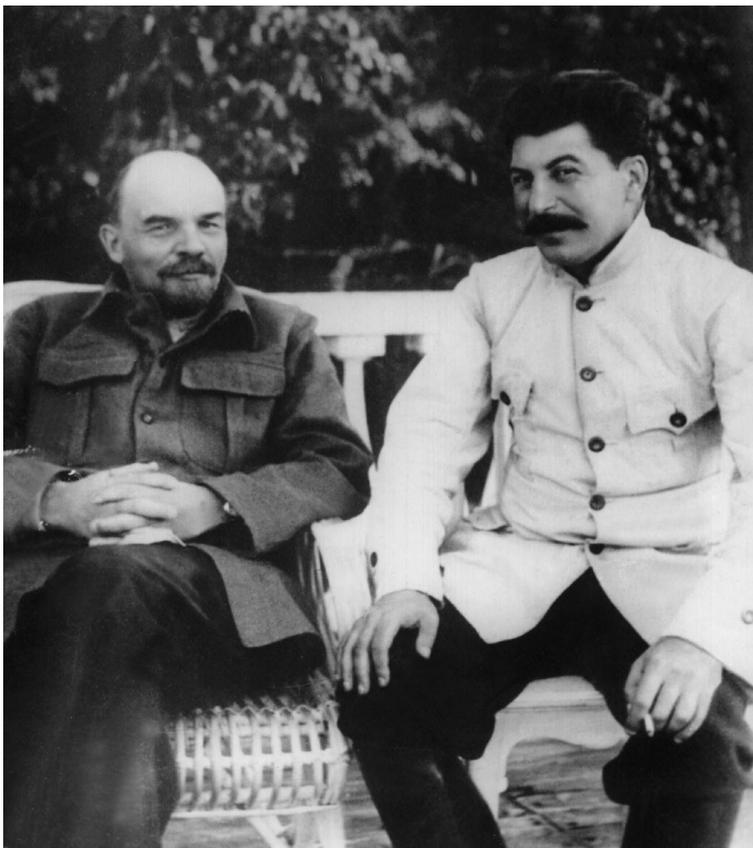
Die Revolution



Russland nach dem
Ende des Zarenreichs

Landhunger der Bauern und den Traum von einer sozialen Revolution zu organisieren versuchten. Zwischen März und November existierte eine Doppelherrschaft, die die Auflösung Russlands nicht aufhalten konnte, sondern – im Gegenteil – nur beschleunigte. Lenin, der – von der deutschen Obersten Heeresleitung aus dem taktischen Motiv der Unterwanderung der gegnerischen Ordnung mit dem D-Zug ins Land gebracht – am 6. April in St. Petersburg eintraf, sah in der Doppelherrschaft den Ausdruck eines sozialen Gegensatzes zwischen der alten „bourgeois“ Macht und der aufkommenden Diktatur des Proletariats. Er forderte die Bolschewiki dazu auf, die revolutionäre Gelegenheit, die der Krieg bot, rücksichtslos zu ergreifen. Ein erster Staatsstreich, den Lenin zusammen mit dem nicht-bolschewistischen Revolutionär Leo Trotzki im Juli unternahm, scheiterte jedoch. Lenin floh nach Finnland. Die radikale Position wurde durch taktische Fehler und die Schwäche der Provisorischen Regierung gerettet, die sich durch die Verlängerung des Krieges bald jeder Massenunterstützung beraubt hatte. Es war ein Leichtes für Lenin und die Bolschewiki, mit ihren höchst disziplinierten Anhängern die letzten Bastionen der Kerenski-Regierung zu stürmen. Am 6. November besetzten bolschewistische Einheiten die Regierungsgebäude in einem relativ unblutigen Putsch. Einen Tag später gab ein Kongress von Sowjetvertretern der Aktion der entschlossenen Minderheit seine Zustimmung; in einem Dekret wurde der Rat der Volkskommissare unter Lenin mit der Bildung einer „Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung“ bis zum Zusammentritt einer verfassunggebenden Versammlung betraut. Die wurde jedoch, nachdem die Wahlen zu dieser Versammlung am 8. Dezember nicht die erwünschte Mehrheit erbracht hatten, bei Beginn ihrer Arbeit gewaltsam aufgelöst und trat nie wieder zusammen. Lenin nutzte den dritten Kongress der Sowjets zur Durchsetzung seines Programms.

Die Oktoberrevolution von 1917 wurde zur gewaltigsten und wirkungsmächtigsten Revolutionsbewegung des Jahrhunderts, weil sie sich gegen die Gegner im Inneren und sowohl gegen die Folgen des deutschen Diktatfriedens von Brest-Litowsk (März 1918) wie der alliierten Intervention behauptet hatte und mit rücksichtsloser Gewalt gegen ihre inneren Gegner, die als „Klassenfeinde“ stigmatisiert wurden, voringing. Inmitten der allgemeinen politisch-administrativen Auflösung besaß Lenin mit der kommunistischen Partei und ihren 600.000 Mitgliedern eine zentralisierte Partei und verfügte damit über die einzige Macht, die Russland als Staat zusammenhalten und die Forderungen der Bauern auf Land erfüllen konnte und wollte. Beflügelt wurde dieses Beharrungsvermögen durch die Hoffnung auf die kommende Weltrevolution, die aus den Trümmern der alten Reiche, die nun in Deutschland wie in der Habsburgermonarchie zusammenbrachen, näher zu kommen schien und der Tatsache, dass die Revolution – gemessen an der marxistischen Lehre – im falschen Land ausgebrochen war, eine vorübergehende Rechtfertigung und Perspektive gab. Auch wenn die Weltrevolution, wie sich schon Mitte 1919 andeutete, nicht stattfinden sollte, blieb die Hoffnung, dass die revolutionäre Welle dennoch über Mitteleuropa schwappen und die dortigen politischen Verfassungen unterminieren würde.



Die sowjetischen Politiker Wladimir Iljitsch Lenin und Josef Stalin 1922 in Gorki nahe Moskau.

Obwohl im Spätherbst 1918 die militärische Niederlage überall in Mittel- und Osteuropa zu politischen Umwälzungen führte und die Herrschaft der Hohenzollern, Habsburger und Osmanen den Krieg nicht überlebten, gelang es den Bolschewiki nicht, ihre Revolution mit der Unzufriedenheit der radikalisierten Massen Mitteleuropas zu verbinden. Keiner der Rätebewegungen außerhalb Russlands, weder in Ungarn noch in Bayern, gelang es, die Unterstützung der Landbevölkerung oder breiterer Teile der städtischen Arbeiterbevölkerung zu erhalten. Die Institutionen der Staaten und Gesellschaften aus dem 19. Jahrhundert waren zäh und geschlossen, ihre daseinsichernde Funktion groß genug und allgemein anerkannt, so dass das kräftezehrende Leiden und der Existenzverlust, die der Krieg Millionen von Europäern auf dem Schlachtfeld und in der Heimat gebracht hatte, zwar vielerorts zu Unruhen, politischer Gewalt und Drohung mit der Revolution führten, aber eben nicht zu einer Totalrevolution nach bolschewistischem Muster. Auch wenn

Erwartungen der
Bevölkerungsmehrheit



der Umbruch in Deutschland und Österreich, genauer gesagt in den dortigen Städten, sozialrevolutionären Charakter annahm und sich in der Sprache des Klassenkampfes artikulierte, waren bei der Mehrheit der Gesellschaft und auch den protestierenden Massenbewegungen die Erwartung der Ordnungsstiftung und Daseinsvorsorge in einer öffentlichen Ordnung stärker. Es blieb die Überzeugung und Hoffnung, dass diese in veränderter Form wiederherstellbar und reformierbar war, dass sie Raum für die Sicherung der persönlichen und familiären Existenz böte. Die Erwartung der Bevölkerungsmehrheit überall in Europa ging auf die Vermeidung künftiger Konflikte, nur eine militante Minderheit setzte auf die revolutionäre Kraft der Gewalt. Darum gelang es den Vertretern der alten Ordnung, nachdem sie sich an die republikaniserten Verfassungsordnungen angepasst hatten, ihren bestimmenden Einfluss in den gesellschaftlichen Machtzentren von Bürokratie, Armee und Wirtschaft zu behaupten.

Auch in Deutschland gelang es den Sozialisten nicht, bei den ersten Wahlen nach der Revolution eine Mehrheit und damit die erhoffte Legitimation zu tieferegreifenden politisch-sozialen Veränderungen zu gewinnen. Die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung und damit ihre Selbstschwächung wurden noch durch die quasi-diktatorische Forderung der bolschewistischen Kaderpartei vertieft. Man verlangte von den sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen Mittel- und Westeuropas, dass sie sich mit ihrem Wunsch nach dem Beitritt zur Dritten Kommunistischen Internationalen auch deren diktatorischem Organisationsmodell zu unterwerfen hätten. Das war ein verhängnisvoller Kurs, der die sozial-radikal-utopische Stimmung in der Nachkriegskrise mit einer tatsächlichen revolutionären Situation verwechselte. Denn eine bolschewistische Revolution und damit die Weltrevolution standen trotz aller Rhetorik für die Arbeiterbewegungen des Westens seit 1920 nicht mehr auf der

Weltrevolutionäre
Hoffnungen

Agenda. Vergeblich richteten sich die weltrevolutionären Hoffnungen auf den kurzen Russisch-Polnischen Krieg, den die territorialen Ambitionen des neugegründeten polnischen Nationalstaates 1920 ausgelöst hatte, die sich zwischen 1920 und 1927 auch in der chinesischen Revolution nicht erfüllen sollten. Zwar war das Bündnis von der Kuomintang und den Kommunisten dort zunächst auf dem Vormarsch, doch als der Kuomintanggeneral Chiang Kai-shek sich in einer politischen Kehrtwende von den Kommunisten trennte, wurde deutlich, dass auch im Osten die Botschaft der Oktoberrevolution keine Erfolgchancen haben würde und dass sich die Bolschewiken auf die Revolution in einem Lande beschränken mussten. Das hielt die Kommunistische Internationale nicht davon ab, die weltrevolutionäre Karte immer wieder zu spielen und kommunistische Aufstände zu organisieren, die von Deutschland und Bulgarien (1923) bis nach Indonesien (1926) und China (1927) mit einem Desaster für die Kommunisten endeten. Die kommunistischen Parteien in Mittel- und Westeuropa blieben Minderheiten, was aber ausreichte, um sie in der politischen Auseinandersetzung zum Schreckbild zu machen und gegenrevolutionären Kräften, die seit 1920 auf dem Vormarsch waren, eine zusätzliche Legitimation und Anhängerschaft zu verschaffen

Ein neuer Typus von sozialer Bewegung und Revolution entstand aus Krieg und

Bürgerkrieg: die faschistischen Bewegungen und ihr Versuch der Machteroberung durch eine politische Doppelstrategie, in der sich Tradition und Revolution miteinander verbanden. Revolutionärer Sozialismus und Faschismus zogen aus der Erfahrung des totalen Krieges gegensätzliche, aber doch verwandte Konsequenzen und Strategien: Auch Benito Mussolini und seine faschistischen Squadren verstanden – wie später Hitler und die NSDAP – den Krieg als Motor der Revolutionierung der Gesellschaft, der zur Fortsetzung des Krieges als permanenter Bürgerkrieg beziehungsweise Ausnahmezustand zu berechtigen schien. Beide Ideologien und Konzepte wurden in ihrer Radikalität und Unbedingtheit zur Belastung für den rationalistischen Traum von einer kollektiven Friedenssicherung und dem Entwurf einer liberal-demokratischen Ordnung auf der Basis des gesellschaftlichen Kompromisses und der politischen Verständigung. Das war vor allem die politische Vision des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der den Frieden zur Begründung einer neuen internationalen Ordnung und zur Sicherung der Demokratie nutzen wollte – auch als demokratisches Gegenmodell zum revolutionären Internationalismus Lenins.

Faschistische
Bewegungen

Doch die Staaten und Gesellschaften, die die ungeheuren wirtschaftlichen, sozialen und humanen Belastungen des Krieges als Sieger oder auch als Besiegte überstanden hatten, hatten gleich mehreren Herausforderungen zu begegnen, die einen politischen Neuanfang beziehungsweise eine Rekonstruktion der von den Revolutionsdrohungen herausgeforderten bürgerlichen Gesellschaftsordnungen erschwerten. Der Übergang vom Krieg zum Frieden erwies sich dabei als besonders schwierig und barg aus mehreren Gründen den Keim des Scheiterns. Das hatte nicht nur mit der bolschewistischen Revolution und ihrem Programm der Weltrevolution zu tun, sondern auch mit der totalen Mobilisierung der Kriegsgesellschaft und der Totalität der Niederlage, vor allem Deutschlands. Der Krieg sollte sich in den Köpfen fortsetzen und die politische Vernunft an den Rand drängen.

Mehr noch: Es gab keine mächtigen neutralen Staaten mehr, die hätten vermitteln können. Dafür war eine Vielzahl territorialer Fragen zu lösen, vor allem als Folge des Zusammenbruchs der Donaumonarchie und des Osmanischen Reiches. Die Wiederherstellung der Ordnung in einer vom Krieg zerstörten Welt war das Hauptziel der Friedenskonferenz in den Pariser Vororten. Es entstand eine neue Karte von Mittel- und Osteuropa. Neue Staaten entstanden, die sich auf das von Wilson proklamierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ beriefen und nach Grenzen verlangten, die oft mit machtpolitischen Interessen anderer Mächte kollidierten und vielfach auch nicht mit ethnischen Grenzen identisch waren. Überdies führte das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ in vielen Teilen der Welt, etwa in Indien, zu blutigen Aufständen gegen die Kolonialherrschaft. Die Großmächte hatten es, neben der zentralen Aufgabe der Friedens- und Ordnungsstiftung in Europa, eben auch mit einer Serie von Aufständen unter den von ihnen beherrschten Völkern überall auf der Welt zu tun. Es gab Unruhen nicht nur in Indien und Demonstrationen für die Unabhängigkeit in Ägypten, sondern auch bewaffnete Revol-

„Selbstbestimmungs-
recht der Völker“



ten gegen die französische Herrschaft in Syrien, gegen die Briten im Irak, die Italiener in Libyen und die Spanier in Marokko. Überall reagierten die europäischen Mächte mit extremer Gewalt. Im indischen Pandschab befahl General Reginald Dyer, das Feuer auf eine friedliche Menge in der Stadt Amritsar zu eröffnen, um, wie er später sagte, eine „psychologische Wirkung“ auf die einheimische Bevölkerung auszuüben.

Schließlich erwies sich das traditionelle nationale Machtstaatsdenken stärker als der internationale, demokratische Politikentwurf Wilsons. So gab es auch innerhalb des Lagers der Sieger heftige Auseinandersetzungen: Frankreich stellte sein Reparations- und Sicherheitsbedürfnis an die erste Stelle der politischen Ziele und wollte eine hegemoniale Stellung auf dem Kontinent erringen, auch um Deutschland für immer zu schwächen. Großbritannien wollte dagegen das klassische Gleichgewicht bewahren und lehnte darum eine zu weitgehende Schwächung Deutschlands ab. Die USA zogen sich in einen politischen Isolationismus zurück. Damit wurde das Konzept internationaler Konfliktregelung, das Wilson mit der Gründung des Völkerbundes etablieren wollte, von Anfang an geschwächt. Die USA traten dem Völkerbund nicht bei und gaben Frankreich auch nicht die erwünschte Sicherheitsgarantie.

Die auf Kompromiss angelegten Muster moderner Staaten und Verfassungsordnungen fanden sich auch im Kompromisscharakter der Versailler Friedensordnung, doch wurde dies nur von wenigen Zeitgenossen so wahrgenommen. Stattdessen verstanden die besiegten Deutschen, die an den Verhandlungen nicht teilnehmen durften, den Frieden als „Schmachfrieden“ oder als „karthagischen Frieden“ und fühlten sich in dieser Einschätzung von dem Urteil des britischen Ökonomen John Maynard Keynes bestätigt. Im historischen Rückblick erscheint der Friedensschluss in seinen konkreten Bestimmungen weniger katastrophal, wohl aber in seinen politisch-psychologischen und ideologischen Folgen. Das eigentliche Problem lag im politisch-sozialen Erbe des Krieges, der so schmerzhaft und kostspielig war, der eine so gewaltige emotionale und nationalistische Mobilisierung hervorgerufen hatte, dass jede Friedensregelung eine Enttäuschung sein musste. Die Bestrafung der Unterlegenen wurde von den Franzosen als unvollständig verstanden, die neuen Muster internationaler Politik, wie sie Wilson in seinem Idealismus konzipiert hatte, galten den Unterlegenen, die wie das Deutsche Reich am Anfang nicht im Völkerbund vertreten sein durften, als bloßes Instrument der Sieger. Dabei übersah man in Deutschland, dass der Kompromisscharakter den noch relativ jungen deutschen Nationalstaat vor der Zerstückelung bewahrt hatte. Es gab weder eine bloße Rückkehr zur Vorkriegsordnung noch eine völlige Umsetzung der neuen politischen Gestaltungsprinzipien. Machtstaatliche Interessen setzten sich vielerorts gegen Staats- und Grenzregelungen durch, wie sie nach den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker geboten schienen. Das galt für das Verbot, dass sich Deutsch-Österreich dem Deutschen Reich anschloss, wie für die von Italien erzwungene Abtretung des deutschsprachigen Südtirols an Italien und des oberschlesischen Industriegebietes an Polen.

Sehr viel einschneidender waren die Veränderungen in Ost- und Südosteuropa.

Veränderungen
in Westeuropa

tige emotionale und nationalistische Mobilisierung hervorgerufen hatte, dass jede Friedensregelung eine Enttäuschung sein musste. Die Bestrafung der Unterlegenen wurde von den Franzosen als unvollständig verstanden,

die neuen Muster internationaler Politik, wie sie Wilson in seinem Idealismus konzipiert hatte, galten den Unterlegenen, die wie das Deutsche Reich am Anfang nicht im Völkerbund vertreten sein durften, als bloßes Instrument der Sieger. Dabei übersah man in Deutschland, dass der Kompromisscharakter den noch relativ jungen deutschen Nationalstaat vor der Zerstückelung bewahrt hatte. Es gab weder eine bloße Rückkehr zur Vorkriegsordnung noch eine völlige Umsetzung der neuen politischen Gestaltungsprinzipien. Machtstaatliche Interessen setzten sich vielerorts gegen Staats- und Grenzregelungen durch, wie sie nach den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker geboten schienen. Das galt für das Verbot, dass sich Deutsch-Österreich dem Deutschen Reich anschloss, wie für die von Italien erzwungene Abtretung des deutschsprachigen Südtirols an Italien und des oberschlesischen Industriegebietes an Polen.

In den Verträgen mit Österreich in Saint-Germain, mit Ungarn in Trianon, mit Bulgarien in Neuilly und der Türkei in Sèvres sollte der gesamte südosteuropäische Raum neu geordnet werden. Die Gemengelage der Nationalitäten ließ sich mit dem neuen Prinzip der nationalen Emanzipation und Selbstbestimmung kaum zufriedenstellend lösen. Der Zusammenbruch der alten Großreiche löste nicht nur übernationale Verbindungen auf und führte zu einer strikten Abschottung, sondern die faktisch unlösbaren Minderheitenfragen, die bei den Grenzziehungen entstanden, sollten auch politischen Zündstoff für die Zukunft in sich bergen. Die ethnischen Gegensätze verbanden sich rasch mit anderen innenpolitischen Krisenherden der neuen Staaten, die keine stabilen demokratischen Systeme entwickeln konnten. Sie waren zudem sehr bald zwischen einer kommunistisch-revolutionären Bedrohung und autoritären-militärischen Diktaturtendenzen eingezwängt.

Veränderungen
in Osteuropa

Überlagert wurden diese Konflikte durch heftige nationalpolitische Gegensätze und Strategien für die kommenden Jahre: Der gesamte Raum zerfiel in Status-quo-orientierte und in revisionistische Mächte, die sozio-ökonomischen Strukturschwächen wurden durch diese Zersplitterung noch gesteigert. Auch Teilallianzen, wie die Kleine Entente der Status-quo-Länder Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, brachten es unter diesen Umständen zu keiner konstruktiven internationalen Politik, und sie lösten die Erwartungen der westlichen Siegermächte auf Stabilisierung und Abschirmung gegenüber der kommunistischen Revolutionsdrohung aus Moskau nicht ein.

Der problematische Charakter der Neuregelungsversuche von Paris zeigte sich sehr schnell und eindringlich im Vertrag von Sèvres mit der Türkei. England und Frankreich hatten bereits vorher Geheimverträge zur Aufteilung der Türkei abgeschlossen, die dann von den Bolschewiki veröffentlicht wurden, um das System der Macht- und Kabinettpolitik zu diskreditieren. Unter den neuen internationalen politischen Konstellationen wurden sie beim Friedensschluss 1920 noch einmal verändert. Alle arabischen Länder sollten abgetrennt, Kleinasien auf griechische, italienische und französische Gebiete aufgeteilt werden und Konstantinopel sowie die Meerengen unter internationale Kontrolle fallen. Westanatolien um Smyrna (Izmir) sollte fünf Jahre von Griechenland kontrolliert werden, danach sollte ähnlich wie im Saargebiet eine Volksabstimmung stattfinden. Armenien sollte die Unabhängigkeit und Kurdistan eine autonome Regierung erhalten. Der Vertrag von Sèvres, den ein türkischer Vertreter unter Zwang unterzeichnet hatte, wurde aus machtpolitischen Gründen nie umgesetzt und führte zum Sturz des Sultans. Vor allem aber entstand eine nationalistische Massenmobilisierung, deren Führer General Mustafa Kemal (Atatürk) zunächst noch im Namen des Sultans gehandelt hatte, dann aber zunehmend durch seine militärischen Erfolge eigene Autorität und Legitimität errang. Er berief ein Parlament ein, reformierte die türkische Armee und stoppte den griechischen Vormarsch in Anatolien, bis er ihn schließlich auch bis zum September 1922 zurückdrängte. Eine neue Form der autoritären Herrschaft zeichnete sich ab, die

Vertrag von Sèvres



Politische Verflechtungen und Konflikte



Staaten in Europa nach dem Ersten Weltkrieg (1919).

auch anderswo Schule machen sollte. „Souveränität wird durch Stärke, Macht und Gewalt errungen“, sagte er seinen Anhängern 1922. Eine andere Folge der nationalistischen Massenemotionalisierung war schließlich der massenhafte Völkermord an Armeniern während der türkischen Offensive (zw. ca. 300.000 und 1,5 Mio.)

Eine weitere Maßnahme im griechisch-türkischen Konflikt und bei dem Versuch der Konfliktregelung durch den Völkerbund sollte ein Stück unmenschlicher Politik antizipieren, die die Welt im 20. Jahrhundert noch häufiger erleben sollte. Mit dem Vertrag von Lausanne wurde 1923 nicht nur die freie Durchfahrt durch die Meerengen und die Rückgabe Ostthakiens von Griechenland an die Türkei vereinbart, sondern auch ein systematischer Bevölkerungsaustausch: 400.000 Türken in Gebieten, die seit 1912 griechisch waren, wurden gegen 1,3 Millionen Griechen ausgetauscht beziehungsweise umgesiedelt. Mit dem Ziel der ethnischen Homogenisierung wurden zum ersten Mal in einem internationalen Vertrag Menschen gegen ihren Willen über Grenzen verschoben. Auch anderswo wur-

Systematischer
Bevölkerungsaustausch

den Menschen ausgewiesen oder flohen aus Staaten, die ihnen wegen ihrer ethnischen, kulturellen und sozialen Zugehörigkeit keine Heimstatt mehr gewähren wollten. Adlige und bürgerliche Russen waren auf der Flucht vor der bolschewistischen Revolution. 1924 schätzte der Völkerbund die Zahl der russischen Flüchtlinge auf über eine Million, davon kamen allein eine halbe Million nach Deutschland und 400.000 nach Frankreich. Das 20. Jahrhundert sollte auch das Jahrhundert der Flüchtlinge werden.

Nicht nur die nationalistische Zersplitterung und die von machtstaatlich-nationalistischen Prämissen bestimmte Aufspaltung in Sieger und Besiegte sollte die Friedensschlüsse schwer belasten und deren Prinzipien selbst widerlegen. Auch der zweite Pfeiler der neuen Ordnung, der Völkerbund, war von inneren Widersprüchen begleitet. Zwar war mit seiner Errichtung, was allein schon sein eigentlicher Name „Liga der Nationen“ andeutet, ein Wandel von der europazentrischen Vorkriegsordnung zu einem neuen Konzept von Weltpolitik und kollektiver Sicherheit verbunden, doch die gleichzeitige Fortexistenz des nationalstaatlichen Souveränitätsprinzips auch innerhalb des Völkerbundes musste den Anspruch des Weltgremiums erheblich mindern. Der Sprung in eine „Weltgesellschaft der Staaten“ blieb im Dickicht der nationalstaatlichen Realitäten hängen, weil weder die Grundidee einer Beteiligung aller Staaten noch die Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten erreicht wurde. Auch verfügte er über nur wenige Möglichkeiten, mit Sanktionen seine Beschlüsse zur Konfliktregelung auch durchzusetzen. Der Völkerbund, die große Verheißung des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, sollte Friedenssicherung durch eine offene Diplomatie verwirklichen und günstigstenfalls mit dem erhofften Siegeszug der demokratischen Verfassungsordnungen und einer freien marktorientierten Wirtschaft im Inneren konzeptionell und in der politischen Praxis zusammenpassen, was sich sehr bald als Illusion erweisen sollte. Auch wurde Außenpolitik nirgends wirklich demokratisch geführt oder veränderte sich zu einer Art Weltinnenpolitik. Dennoch blieb der Völkerbund trotz aller negativen Erfahrungen und ungeachtet seines späteren Scheiterns in den 1930er Jahren ein Experiment mit langfristiger Wirkungsgeschichte – der Ansatz eines globalen Staatenbundes, wo es bisher nur eine Welt imperialer Reiche gegeben hatte.

Der Völkerbund

Nachkriegskrisen und Unabhängigkeitsbewegungen

Wie rasch die Hoffnungen auf Stabilisierung und dauerhafte Friedenssicherung enttäuscht wurden, zeigen nicht nur die Widersprüche der Friedensordnungen der Pariser Vorortkonferenzen und nicht nur der anschließende heftige Reparationsstreit wie der aufflammende alte und neue radikale Nationalismus. Von der russischen Revolution ging überdies eine revolutionäre Druckwelle aus, die vor dem Hintergrund der schweren ökonomischen und sozialen Krisen am Ende des Weltkrieges weit über Osteuropa hinausreichte und Mittel-, Süd- und Südosteuropa er-



fasste, aber auch die westeuropäischen Verfassungsstaaten nicht unberührt ließ. Die Sprengkraft der nationalistischen Ideen und Bewegungen zeigte sich auch in vielen außereuropäischen Entwicklungen, bei denen der Widerstand gegen die vom Krieg geschwächten Kolonialmächte hinzukam. Kurzum, die europäischen wie die außereuropäischen Gesellschaften waren durch den Krieg und seine Folgen in Bewegung geraten. Nirgends gelang es, die internationale Politik mit den Mitteln des Völkerbundes entscheidend zu verändern. Überall wuchs zwar der Widerstand gegen Imperialismus und Kolonialismus, aber auch die Autonomiebewegungen, die vielerorts entstanden, ließen sich von einer widersprüchlichen Politik des radikalen Nationalismus leiten.

Mit Stärke, Macht und Gewalt gelang es ähnlich wie Mustafa Kemal Atatürk auch Lenin, sein bolschewistisches Experiment zu sichern und zu behaupten. Selbst der übermäßig harte Friedensvertrag, den die Regierung des kaiserlichen Deutschland im März 1918 dem revolutionären Russland, das ein Drittel seines europäischen Territoriums und fast die Hälfte seiner wirtschaftlichen Ressourcen abtreten musste, vorgelegt hatte, wurde von Lenin akzeptiert, was er freilich in der Erwartung tat und damit begründete, dass die sozialistische Revolution, wenn sie nur in Russland überlebte, sich bald nach Mittel- und Westeuropa ausbreiten werde und spätestens dann,

Sicherung des
bolschewistischen
Experiments

wenn auch in Berlin ein revolutionäres sozialistisches Regime errichtet sei, ein wirklicher, dauerhafter zwischen den Repräsentanten des Proletariats aller Länder abgeschlossen werden und die vorübergehenden russischen Verluste kompensiert werden könnten. Dass die Bolschewisten dann auch noch den Angriff konterrevolutionärer Armeen, die von England, Frankreich, Japan und den USA unterstützt wurden, auffangen und als Sieger aus dem Bürgerkrieg gegen innere wie äußere Feinde hervorgehen konnten, hatte sicherlich mit Differenzen zwischen den Gegnern zu tun, vor allem aber mit dem uneingeschränkten Willen zur Gewalt, verbunden mit patriotischen und revolutionären Appellen. 1921 hatten die Bolschewiki schließlich den Bürgerkrieg gewonnen und die Erfahrungen daraus sollten weiterhin die Herrschaftspraxis des Sowjetsystems bestimmen. Die Geburt der Sowjetunion war von Gewalt, gnadenlosem Terror und umfassender Kontrolle beziehungsweise Mobilisierung der Gesellschaft begleitet, was das politische Selbstverständnis beziehungsweise die Praxis der Bolschewisten, aber auch den Umgang mit den anderen sozialistischen Bewegungen in Mittel- und Westeuropa nachhaltig geprägt hat.

Aber auch das politischen Denken und Verhalten der radikalen Gegner, die sich ebenfalls aus dem Ersten Weltkrieg formiert und sich auf den Fundamenten des radikalen Nationalismus als antimarxistische Gegengewalt mit plebiszitären Mitteln entfaltet hatten, war von Krieg und Gewalt bestimmt. Das Ideal von Kommunisten wie von Faschisten war eine militarisierte Gesellschaft, pseudo-demokratisch verfasst,

Ideal von Kommunisten
und Faschisten

umfassend mobilisiert und – überzeugt von der revolutionären Kraft der Gewalt – bereit für einen künftigen Krieg. Im März 1919, als Lenin seine Variante des sozialistischen Internationalismus in Moskau gründete, hatte

der Ex-Sozialist Benito Mussolini in Mailand mit einer kleinen Schar von Mitstreitern den *Fascio di Combattimento*, die Keimzelle des Faschismus, gegründet und mit der Machtübertragung beziehungsweise -eroberung durch seine faschistische Bewegung mit ihren paramilitärischen Kampfverbänden im Oktober 1922 einen ersten, modellbildenden Erfolg erzielt.

Die Dritte (Kommunistische) Internationale musste das als schwere Niederlage verstehen, doch vorerst konnten sich Lenin und die Anhänger der bolschewistischen Revolution – auch außerhalb Russlands – in der Erwartung eines revolutionären Durchbruchs wiegen. Freilich täuschte man sich in Moskau, wenn man die massenhafte soziale Unzufriedenheit, die Massenstreiks und die Fabrik- beziehungsweise Landbesetzungen, die 1919/1920 Mittel- und Südeuropa erschütterten, mit einer Situation gleichsetzte, die als reif für die sozialistische „Weltrevolution“ erachtet wurde. Mit der Gründung der Dritten Internationalen im März 1919, inmitten der chaotischen und gewaltfördernden Bedingungen des Bürgerkriegs, verband sich allerdings die Hoffnung, in kürzester Zeit die industrialisierten und krisengeschüttelten europäischen Gesellschaften zu revolutionieren. Kriegsmüdigkeit und revolutionäre Bewegungen von 1918/1919 wie die Erfahrung des totalen Krieges und des unerwarteten militärischen Zusammenbruchs, vor allem des Habsburgerreiches, führten jedoch nur in zwei Fällen, in Bayern und in Ungarn, zu einer kurzzeitigen Etablierung eines sozialistisch-kommunistischen Räteregimes. Während in Bayern die von der sozialdemokratischen Regierung herbeigerufenen gegenrevolutionären Freikorpsstruppen die Räterepublik bereits im April 1919 blutig niederschlugen, gab der sozialistische Journalist Béla Kun in Budapest sein Räteexperiment im August 1919 auf, als seine Rote Armee im nationalrevolutionären Kampf gegen die Slowaken, Rumänen und Jugoslawen keine russische Hilfe erhielt. Auch in einigen Siegerländern des Ersten Weltkriegs, in Frankreich und Italien, kam es 1919 und 1920 zu Streiks und Zusammenstößen mit der Polizei, obwohl hier von einer revolutionären Situation keine Rede sein konnte. Trotz heftiger Agitation durch kommunistische Gruppen konnten die Fabrikbesetzungen und Streiks weder in Frankreich noch in Italien in massenwirksame politische Aktionen umgesetzt werden. Die Spaltung der sozialistischen Parteien hat die Revolutionierung nicht befördert, wohl aber die Arbeiterbewegung geschwächt und die Ängste des Bürgertums vor einer sozialen Revolution verstärkt. Das führte zu einem organisatorischen Zusammenschluss der bislang zersplitterten Industriellen und zu ihrer Bereitschaft, mit radikal-nationalistischen und antimarxistischen Bewegungen zu kooperieren, darunter vor allem den faschistischen Kampfverbänden Mussolinis.

Kein Erfolg der Räterepubliken

Das Scheitern der wenigen Räterepubliken hat zunächst nichts daran geändert, dass das Rätemodell als Utopie eines dritten Weges mythische Kraft behielt und dass es realpolitisch im gesamten außerrussischen Europa zu linkssozialistischen Abspaltungen kam. Die alten Konfliktlinien zwischen einer reformistischen und revolutionären politischen Linie der Arbeiterbewegung führten nun unter dem unmittelbaren Eindruck der russischen Revolution zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Die An-